



Sparkasse
Münsterland Ost

Geschäftsbericht 2010

Die Zahlen im Überblick

Geschäftsentwicklung	2010	2009	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Geschäftsvolumen	8.351	8.138	213	2,6
Bilanzsumme	8.164	7.958	206	2,6
Kundeneinlagen	5.848	5.503	345	6,3
– Spareinlagen	1.676	1.547	129	8,3
– Sparkassen-, Hypothekenpfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen	444	514	–70	–13,6
– Sicht- u. Termineinlagen	3.728	3.442	286	8,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.611	1.783	–172	–9,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	104	106	–2	–1,9
Forderungen an Kunden	5.355	5.126	229	4,5
– Kontokorrentkredite	349	397	–48	–12,1
– Darlehen aus Eigenmitteln	4.194	3.965	229	5,8
– Kommunaldarlehen	198	149	49	32,9
– Weiterleitungsdarlehen	614	615	–1	–0,2
Eigenkapital	401	388	13	3,4

Rechtsnatur

Die Sparkasse ist eine Kreditanstalt des öffentlichen Rechts.

Verbandszugehörigkeit

Die Sparkasse ist über den Sparkassenverband Westfalen-Lippe in Münster dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. in Berlin angeschlossen.

Träger

Träger ist der Sparkassenzweckverband der Stadt Münster, des Kreises Warendorf sowie der Städte und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf.

Inhalt

Lagebericht

Jahresabschluss 2010

Jahresbilanz
Gewinn- und Verlustrechnung
Anhang

Lagebericht

A. Darstellung der Sparkasse

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Münster unter der Nummer A 4940 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Sparkassenzweckverband, der von der Stadt Münster, dem Kreis Warendorf sowie den Städten und Gemeinden Ahlen, Beelen, Drensteinfurt, Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Ostbevern, Sassenberg, Sendenhorst, Telgte und Warendorf gebildet wird. Der Sparkassenzweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Münster und ist ebenfalls Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe. Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers sowie die angrenzenden Kreise und die kreisfreie Stadt Hamm. Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen.

B. Darstellung der Rahmenbedingungen

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2010

Weltwirtschaft

Im Jahr 2010 setzte sich die in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 begonnene Erholung der Weltwirtschaft fort. Als Stützen des Wachstums wirkten einmal mehr die sogenannten Schwellenländer inklusive China, während sich viele etablierte Staaten Europas und auch die USA unterdurchschnittlich entwickelten.

Nachdem viele Banken durch ihre jeweiligen Heimatstaaten infolge der Finanzmarktkrise stabilisiert werden mussten, wurden nun einige Staaten selbst von den Ausläufern der Krise getroffen. Als Folge wurde die Finanzkraft einiger europäischer Länder in Frage gestellt und mündete in einer Staatsanleihenkrise. In diesem Zusammenhang setzte sich der Begriff der „PIIGS“-Staaten für die gefährdeten Staaten Portugal, Irland, Italien,

Griechenland und Spanien durch. Zur Stabilisierung der europäischen Währungsunion einigten sich die EU-Mitglieder auf Stabilisierungsmaßnahmen für die betroffenen Länder.

Im Jahr 2010 wurde ein Weltwirtschaftswachstum von 4,8 % (Vorjahr –2,1 %) erreicht, während die Wirtschaft in der Eurozone 2010 um 1,7 % wuchs. Die Arbeitslosenquote in Europa liegt weiterhin bei einem Wert von 10 %. Die Inflation im Euroraum ist aufgrund höherer Energiepreise im Dezember 2010 –erstmals seit 2008– wieder über die 2 %-Marke auf 2,2 % gestiegen.

Wirtschaft in Deutschland

Im Gegensatz zu den übrigen europäischen Ländern profitierte Deutschland als traditionelle Exportnation überdurchschnittlich von der weltwirtschaftlichen Erholung. Für das Gesamtjahr betrug der Anstieg des BIP 3,6 % und lag damit deutlich über dem historischen Durchschnitt der letzten zehn Jahre von ca. 0,9 %. Neben dem Export entwickelte sich der private Konsum positiv, insbesondere gestützt durch die sehr gute Entwicklung des Arbeitsmarktes (Arbeitslosenquote fiel von 8,1 % auf 7,5 %). Dieser entwickelte sich deutlich besser als in den übrigen Industrienationen und zeigte sich auch vom Auslaufen der staatlichen Hilfsprogramme und der schwachen konjunkturellen Entwicklung Gesamteuropas unbeeindruckt. Trotz der positiven wirtschaftlichen Entwicklung notierten die Verbraucherpreise 2010 –nach einer nahezu unveränderten Entwicklung im Jahr 2009 (+0,4 %)– mit +1,2 % nur moderat höher als im Vorjahr.

Wirtschaft im Münsterland

Die von der IHK Nord Westfalen zum Jahreswechsel 2010/2011 durchgeführte Konjunkturumfrage zeigt ein positives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres. Diesen Trend spiegelt auch der IHK-Konjunkturklimaindikator wider, der im Jahr 2010 stetig gestiegen ist und zum Jahresbeginn 2011 einen neuen Höchststand erreicht hat. Insbesondere die Industrie und Großbetriebe (mehr als 500 Beschäftigte) haben von der weltwirtschaftlichen Belebung profitiert. Der Auslandsumsatz hat im Jahr 2010 –getrieben durch den Export in die Märkte Asiens und des Nahen Ostens– um mehr als 20 % zugelegt.

Das Baugewerbe ist die einzige Branche, die nicht vom allgemeinen Aufschwung getragen wurde und weiterhin einen negativen Trend bei den Umfragewerten aufweist.

Für 2011 wird von einem Drittel der befragten Unternehmen eine nochmalige Verbesserung

und von deutlich mehr als der Hälfte eine gleichbleibende Entwicklung des Wirtschaftsverlaufs erwartet. Das liegt vor allem an dem konjunkturellen Nachlauf der Unternehmen, die am Ende der Wertschöpfungskette liegen (z. B. Zulieferer), zeitlich verzögert von der Konjunkturaufhellung profitieren lässt.

Ausgehend von diesen Erwartungen wird mit einer Belebung der Investitionstätigkeit und positiven Effekten für den Arbeitsmarkt gerechnet.

Zinsen im Euroland

Aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung Europas im Jahresverlauf 2010 und des Einflusses der Staatsanleihenkrise auf die Zinsmärkte und den Euro setzte die EZB ihre Politik sehr niedriger Zentralbankzinsen unverändert fort und hielt den Leitzins bei 1 %. Durch eine selektive Verlängerung der im Jahr 2009 eingeführten Sonderregelungen zur Zuteilung von Zentralbankgeld sowie den Ankauf europäischer Staatsanleihen wurden die Zinsmärkte stabilisiert. Dennoch herrschte im Jahresverlauf eine hohe Volatilität an den Zinsmärkten. Letztendlich stieg der Interbankentagesgeldsatz moderat an, während die längerfristigen Zinssätze zum Jahresende leicht niedriger als zu Jahresbeginn notierten. Im Rahmen der Staatsanleihenkrise kam es jedoch zu deutlich unterschiedlichen Entwicklungen zwischen den einzelnen Ländern. Insbesondere die europäischen Peripheriestaaten mussten deutlich steigende Risikoaufschläge gegenüber deutschen Staatsanleihen akzeptieren.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2010

Novellierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Die Anforderungen der am 14.08.2009 veröffentlichten zweiten Novellierung der MaRisk hat die Sparkasse 2010 umgesetzt. Die wesentlichen Risikokonzentrationen wurden identifiziert und in den Stresstests berücksichtigt. Am 15.12.2010 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die dritte Novelle der MaRisk veröffentlicht. Wesentliche Treiber für die Neufassung waren vor allem weitere Konkretisierungserfordernisse vor dem Hintergrund der durch internationale Gremien vorangetriebenen und durch die BaFin umzusetzenden Weiterentwicklungen von Themen zum Risikomanagement. Deutschland hat sich insbesondere verpflichtet, die Empfehlungen des Financial Stability Forums und der G20-Gipfel in Washington und London umzusetzen. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Novellierung betreffen insbesondere die Bereiche Risikotragfähigkeit, Strategien, Strategieprozess, Stresstests, Risikokonzentrationen und Liquiditätsreserven. Trotz der Neuausrichtung bleibt die grundsätzliche

qualitative Ausrichtung der MaRisk erhalten. Ein bedeutendes Element dieser Ausrichtung ist das Prinzip der doppelten Proportionalität.

Die für das Strategiemodell der Sparkasse relevanten Punkte der dritten MaRisk-Novelle werden in die Geschäfts- und Risikostrategie sowie in die Teilstrategien eingearbeitet. Darüber hinaus wird in der Sparkasse Münsterland Ost ein Projekt zur fristgerechten Umsetzung der neuen Mindestanforderungen durchgeführt.

Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG)

Das am 29.05.2009 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) wurde zum 31.12.2010 erstmals vollständig angewendet. Durch das BilMoG erfolgten umfangreiche Änderungen handelsrechtlicher Ansatz-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte. Die ausgeübten Wahlrechte werden im gesetzlichen Anhang beschrieben.

Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion (MaComp)

Am 07.06.2010 veröffentlichte die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ihr Rundschreiben zu den MaComp und den weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen. Die Umsetzung in der Sparkasse erfolgte innerhalb der vorgegebenen Umsetzungsfrist bis zum 31.12.2010. Am 28.01.2011 wurde der Entwurf zur Überarbeitung der MaComp veröffentlicht.

EU-Bankenrichtlinie und Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD II)

Wesentlicher Bestandteil der Änderungen der europäischen Banken- und Kapitaladäquanzrichtlinie ist u. a. die Erfassung von Konzentrationsrisiken bei Großkreditpositionen. Insbesondere die Regelungen zur Zusammenfassung von Kreditnehmerinheiten zu Risikoeinheiten wurden deutlich erweitert. Zukünftig sind neben den bisherigen wechselseitigen Abhängigkeiten auch einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten zu berücksichtigen.

Die neuen Richtlinien sind inzwischen in deutsches Recht umgesetzt worden und Ende 2010 mit Übergangsfristen bis zum 31.12.2011 in Kraft getreten.

Die Umsetzung in der Sparkasse erfolgt fristgerecht im Rahmen einer Maßnahme innerhalb der vorgegebenen Übergangsfristen bis Ende 2011.

Eckpunkte der zukünftigen Regelungen durch Basel III

Im September 2010 hat das Aufsichtsgremium des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht die Eckpunkte der zukünftigen Regelungen von Basel III beschlossen. Diese sind noch in nationales Recht umzusetzen.

C. Geschäftspolitische Strategie

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen, insbesondere den überarbeiteten aufsichtsrechtlichen Vorgaben der zweiten MaRisk-Novelle, angepasst. Für ausgewählte Risiken bestehen die Teilstrategien (Marktpreisrisiko-, Kreditrisiko-, Liquiditätsrisiko- und Beteiligungsrisikostrategie). Sie sind Bestandteile der Risikostrategie und wurden ebenfalls überprüft und aktualisiert. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

D. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs

„Wachstum mit der Region“ – mit dieser Überschrift lässt sich das Geschäftsjahr 2010 treffend beschreiben. So sind die Wachstumssteigerungen der Sparkasse gleichermaßen Ausdruck der Leistungen und des Vertrauens ihrer Kunden wie auch des gelebten Anspruchs, Zukunft für die Menschen in der Region zu gestalten. Die Bilanzentwicklung unterstreicht damit die enge Verbindung der Sparkasse zu ihrem Geschäftsgebiet.

1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2010 um 205,1 Mio. EUR bzw. 2,6 % auf 8.163,5 Mio. EUR. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 753,5 Mio. EUR oder 5,7 % auf 13.939,7 Mio. EUR.

Vor dem Hintergrund der Anpassung der Asset-Allocation wurden die Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 344,8 Mio. EUR und die

Bestände der Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere um 19,7 Mio. EUR reduziert, während die Forderungen an Kreditinstitute um 424,6 Mio. EUR erhöht wurden. Die Kundenforderungen stiegen um 228,9 Mio. EUR auf 5.354,7 Mio. EUR. Das Kundeneinlagengeschäft erhöhte sich um 344,5 Mio. EUR auf 5.847,8 Mio. EUR. Die Entwicklungen im Kundenkreditgeschäft und des Kundengeldvermögens liegen über den im Vorjahr für 2010 erwarteten Veränderungen.

Die Sparkasse hat erstmals Hypotheken-Namenspfandbriefe emittiert. Das Emissionsvolumen betrug zum 31.12.2010 75,1 Mio. EUR.

2. Kreditgeschäft

Insgesamt verlief die Entwicklung der Forderungen an Kunden gemessen an bilanziellen Werten mit einem Zugang von 4,5 % oberhalb der Planung. Die Darlehenszusagen belaufen sich im Jahr 2010 auf 1.238,9 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen zur Finanzierung des Wohnungsbaus erhöhten sich im Gesamtjahr um 19,1 % auf 506,5 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme erhöhte sich auf 65,6 % (Vorjahr 64,4 %).

Bei Privatpersonen stiegen infolge der weiterhin anhaltenden Nachfrage nach langfristigen Darlehen die Forderungen um 40,7 Mio. EUR. Das zugesagte Kreditvolumen an private Haushalte weist einen Anstieg von 4,0 % auf 516,0 Mio. EUR aus. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der erhöhten Investitionsbereitschaft um 67,9 Mio. EUR. Die Darlehenszusagen stiegen um 13,8 % auf 662,7 Mio. EUR.

3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag verminderte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 364,5 Mio. EUR auf 1.245,8 Mio. EUR. Hierbei war insbesondere der Rückgang der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 344,8 Mio. EUR maßgeblich. Die Reduzierung resultiert aus Fälligkeiten. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden um 19,7 Mio. EUR reduziert. Der Strukturanteil dieser Position am Bilanzwert der Wertpapiereigenanlagen erhöhte sich insbesondere aufgrund der Reduzierung der Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 39,2 % auf 49,1 %. Soweit der Markt nach unseren Untersuchungen für ungedeckte Inhaberschuldverschreibungen nicht aktiv ist, haben wir zur Bewertung ein Modell (Discounted-Cashflow-Verfahren) verwendet.

4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31.12.2010 von 165,6 Mio. EUR entfiel mit 86,0 Mio. EUR auf die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und mit 46,9 Mio. EUR auf die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG. In dieser Gesellschaft wird das Engagement der Sparkassen-Finanzgruppe im Zusammenhang mit der Landesbank Berlin Holding AG gebündelt. Die geringen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr resultieren aus Abschreibungen und Kapitalrückzahlungen.

5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2010 ein Wachstum bei den Geldanlagen von 2,0 % erwartet. Dieses Ziel konnte mit einem Wachstum von 5,0 % übertroffen werden. Wachstumstreiber sollte das Kundenwertpapiergeschäft sein. Innerhalb des Kundengeldvermögens wurden 2010 die Kundeneinlagen stärker als ursprünglich erwartet ausgebaut, da die Kunden verstärkt risikolose Anlagen bevorzugt haben. Im Gegenzug wuchsen die Kundenwertpapierbestände weniger stark als geplant. Insgesamt konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einschließlich der begebenen Schuldverschreibungen um 344,5 Mio. EUR oder 6,3 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 5.847,8 Mio. EUR. Der Bestand an Spareinlagen wies einen Anstieg von 129,5 Mio. EUR und an Sicht- und Termineinlagen von 286,2 Mio. EUR auf. In Summe wiesen die Sparkassenbriefe, Hypotheken-Namenspfandbriefe und Inhaberschuldverschreibungen einen Bestandsabbau von 71,2 Mio. EUR auf.

Die Privatkunden erhöhten ihre bilanziellen Einlagenbestände um 85,7 Mio. EUR und die Unternehmen um 184,5 Mio. EUR.

6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich insbesondere durch die Anlage freier liquider Mittel aus fälligen Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren um 424,7 Mio. EUR oder 60,0 % auf 1.132,7 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Namensschuldverschreibungen zusammen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um 171,9 Mio. EUR auf 1.611,5 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe. Daneben bestanden Positionen in Geldmarktgeschäften.

7. Dienstleistungsgeschäft

Im Jahr 2010 wurden insgesamt 7.039 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 142,8 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir annähernd auf dem Niveau von 2009.

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2010 maßgeblich von der weiteren Erholung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Insgesamt ist das Jahr wieder sehr erfolgreich gewesen. Das Wertpapiergeschäft stellt somit eine der tragenden Säulen im Dienstleistungsgeschäft dar. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2010 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere (u. a. Zuwachs- und Zinsmarktanleihen). Aktien bzw. aktienorientierte Anlagen gewannen wieder an Beliebtheit.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen über die S Versicherungs-GmbH, Münster, konnte auch im Jahr 2010 weiter verstärkt werden. Diese Absatzentwicklung spiegelt sich insbesondere in der weiteren Steigerung des Verkaufs von fondsgebundenen und klassischen Rentenversicherungen wider, dabei lag im Jahr 2010 ein Schwerpunkt auf den Abschlüssen gegen Einmalbeträge.

Auch für die S Immobilien GmbH, Münster, war das Jahr 2010 sehr erfolgreich. Erneut wuchs die Anzahl der Immobilienvermittlungen gegenüber dem Vorjahr. Sowohl die Vermarktung von Bauträgermaßnahmen als auch von gebrauchten Immobilien wurde erneut gesteigert.

Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich im Rahmen der Erwartungen.

8. Investitionen

Im Jahr 2010 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebotes insbesondere in den Filialen Münster-Uppenberg, Münster-Wolbeck und Ahlen-Hansaplatz vorgenommen. Die Filiale Ahlen-Hansaplatz wurde im 1. Quartal 2011 bereits wiedereröffnet.

9. Personalbericht

Im Jahr 2010 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt einschließlich der Aushilfen 1.466 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 1.462), davon 420 Teilzeitkräfte und 107 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, hat die Sparkasse ihre bereits überdurchschnittliche Ausbildungsquote auf über 10 % erhöht und nimmt damit ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region in besonderem Maße wahr. So befanden sich Ende 2010 136 junge Menschen in der Ausbildung zum Bankkaufmann bzw. zur Bankkauffrau.

Auch im Jahr 2010 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 910 TEUR (Vorjahr 853 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2010 konsequent verfolgt. Vor drei Jahren wurde die Sparkasse Münsterland Ost als erste Sparkasse in Westfalen-Lippe von der Hertie-Stiftung als familienfreundliches Unternehmen ausgezeichnet. Dieses Gütesiegel wurde ihr im November 2010 erneut verliehen. Darüber hinaus haben verschiedene Maßnahmen zur Gesundheitsförderung im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements großen Anklang gefunden.

E. Darstellung und Analyse der Lage

1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung eines Teils des Bilanzgewinns 2009. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2010 ein Eigenkapital von 401,4 Mio. EUR (vor Gewinnverwendung; Vorjahr 388,2 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. Die Eigenkapitalanforderungen des KWG wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken, übertrifft am 31.12.2010 mit 13,0 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % nach der Solvabilitätsverordnung. Die Sparkasse weist damit eine ausreichende Kapitalbasis auf.

2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt. Die

eingerräumten Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der WestLB AG wurden teilweise in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldaufnahmen bzw. Tagesgeldanlagen bei anderen Kreditinstituten.

3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung im Jahr 2010 1,41 % der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2010. Im Vergleich mit den Großsparkassen im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und den Sparkassen im SVWL wird damit ein überdurchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzten Zielgrößen Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen). Im Jahr 2010 haben sich diese wie folgt entwickelt: Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 21,9 % über dem Vorjahreswert. Auch das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen verbesserte sich von 55,9 % auf 52,9 %. Das Unternehmensziel für 2010 von 55,3 % konnte unterschritten werden.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Dabei ist zu beachten, dass die Erträge und Aufwendungen nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt sind.

	2010	2009	Veränderung	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss	188,6	162,0	26,6	16,4
Provisionsüberschuss	46,4	44,9	1,5	3,3
Nettoergebnis des Handelsbestands	-0,2	2,0	-2,2	-
sonst. betriebliche Erträge	10,5	10,2	0,3	2,9
Personalaufwand	81,1	80,6	0,5	0,6
anderer Verwaltungsaufwand	45,7	43,8	1,9	4,3
sonst. betriebliche Aufwendungen	12,5	24,5	-12,0	-49,0
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	106,0	70,2	35,8	51,0
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	22,0	30,6	-8,6	-28,1
Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	16,0	0,0	16,0	-
Ergebnis vor Steuern	68,0	39,6	28,4	71,7
Steueraufwand	52,0	24,5	27,5	-
Jahresüberschuss	16,0	15,1	0,9	6,0

Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6
sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8 und 20
sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 16,4 % auf 188,6 Mio. EUR. Durch die steilere Zinsstrukturkurve im Vergleich zum Vorjahr infolge deutlich sinkender Geldmarktsätze konnte der Fristentransformationsbeitrag gesteigert werden. Belastungen bestanden aus dem anhaltenden Wettbewerb im Einlagengeschäft.

Der Provisionsüberschuss lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Kundenwertpapiergeschäft um 3,3 % über dem Vorjahreswert.

Die Personalaufwendungen erhöhten sich insbesondere infolge der Belastung aus der Tarifierhöhung für 2010 um 0,6 % auf 81,1 Mio. EUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 4,3 %. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist der Rückgang von 49,0 % darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr eine einmalige Rückstellungsbildung im Aufwand enthalten war.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft (Bewertung und Risikovorsorge) wurden nach der gemäß § 340f Absatz 3 HGB zulässigen Verrechnung mit Erträgen in Höhe von 22,0 Mio. EUR (Vorjahr 30,6 Mio. EUR) ausgewiesen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr spiegelt die

nachlassenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Wertpapier- und Kreditgeschäft wider. Der Jahresüberschuss konnte erneut gesteigert werden und betrug 16,0 Mio. EUR. Damit wurde der Vorjahreswert um 0,9 Mio. EUR übertroffen.

F. Risikoberichterstattung

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Das Bankgeschäft besteht zu einem wesentlichen Teil aus dem bewussten Eingehen von Risiken. Risiken werden aktiv eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikostrategie die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische

Ausrichtung der Sparkasse überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. In der Risikostrategie ist festgelegt, Risiken bei günstigem Chance-Risiko-Profil einzugehen und bei ungünstigerem Chance-Risiko-Profil für eine Kompensation oder Verminderung von Risiken zu sorgen. Risiken mit vertretbarem potenziellen Schaden werden akzeptiert. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken, wurden die separaten Teilrisikostراتيجien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitiges Ergreifen von Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird permanent weiterentwickelt.

Aus der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse wird laufend ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV- und vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt, so dass eine Auslastungsquote ermittelt wird. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Darüber hinaus werden aus dem Risikobudget Einzellimite für einzelne Risikoarten bzw. -gruppen in der Risikotragfähigkeit abgeleitet. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Der Verwaltungsrat der Sparkasse nimmt die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand der Sparkasse ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Für alle risikorelevanten Geschäfte ist bis in die Ebene des Vorstands eine funktionale Trennung zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Damit wird der von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in den MaRisk geforderten Funktionstrennung Rechnung getragen.

Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Innenrevision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

3. Risikomanagementprozess

Der Risikomanagementprozess der Sparkasse umfasst die Einzelschritte Risikoerkennung, Risikobewertung, Risikomessung, Risikoberichterstattung, Risikosteuerung und Risikokontrolle. Im Rahmen einer Risikoinventur werden jährlich alle auf die Geschäfts- und Funktionsbereiche der Sparkasse einwirkenden Risiken ermittelt. Über eine Risikobewertung werden die wesentlichen Risiken der Sparkasse gewichtet. Die Bewertung erfolgt anhand einer Risikokennzahl, die durch Multiplikation von Kennzahlen zur Eintrittswahrscheinlichkeit, Bedeutung und Beherrschbarkeit des Risikos ermittelt wird. Nach der Höhe der Risikokennzahl richtet sich die Einordnung des jeweiligen Risikos in eine Risikoklasse. Die Risikoklasse bestimmt den Umfang der notwendigen Maßnahmen zur Beobachtung und Steuerung des jeweiligen Risikos. Die Risikomessung erfolgt für die in die Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken in zwei sich ergänzenden Konzepten:

- In der handelsrechtlichen Sichtweise werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den Jahresüberschuss der Sparkasse hat.
- Die betriebswirtschaftliche, d. h. vermögenswertorientierte Betrachtung ermittelt einen Risikowert, der innerhalb eines festgelegten Zeitraums und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit nicht überschritten wird.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird laufend ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen und ökonomischen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit

sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Im Jahr 2010 wurden Risikokonzentrationen in den Bereichen Ertragskonzentrationen, Marktpreisrisiken und Adressenausfallrisiken identifiziert und in den Stresstests berücksichtigt. Risikokonzentrationen bei Beteiligungen und im operationellen Risiko wurden ebenfalls identifiziert. Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse regelmäßig unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben der MaRisk schriftlich berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikokoordinator überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikokoordinator ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

5. Risikokategorisierung

Die im Rahmen der Risikoinventur festgestellten wichtigsten Risiken wurden wie folgt kategorisiert:

- Adressenausfallrisiken
- Marktpreisrisiken
- Liquiditätsrisiken
- operationelle Risiken
- sonstige Risiken

6. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

6.1 Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Das Adressenausfallrisiko beinhaltet im Allgemeinen die Gefahr, dass aufgrund von Bonitätsveränderungen und/oder des Ausfalls eines Geschäftspartners Verluste entstehen. Das Adressenausfallrisiko betrifft im Speziellen bilanzwirksame Forderungen in Form von Krediten. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen und Strukturvorgaben für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden die Ausleihungen an Dienstleistungs- und Handelsunternehmen sowie an das verarbeitende Gewerbe.

Die Großkredite gemäß § 13a Abs. 1 KWG, die 10 % des haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG übersteigen, machten am 31.12.2010 das 0,27-fache des am Bilanzstichtag 31.12.2010 geltenden haftenden Eigenkapitals gemäß § 10 KWG aus (Vorjahr das 0,26-fache).

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt. Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden auf der Grundlage ratingbasierter Ausfallwahrscheinlichkeiten und der vom Kunden gestellten Sicherheiten sowohl erwartete als auch unerwartete Verluste im Kreditgeschäft berechnet. Mit Hilfe dieser Informationen werden die Veränderungen des Kreditportfolios monatlich analysiert. Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir das „OSPlus-Frühwarnsystem“ ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzeptes betreut (Problemkredite). In unseren Organisationsrichtlinien haben wir Kriterien festgelegt, auf deren Grundlage die für die Kreditweiterbearbeitung zuständigen Stellen die Kreditengagements zu ermitteln haben, für die Risikovorsorgemaßnahmen in Form von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen erforderlich sind. Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Im Rahmen der Risikoberichte wird der Vorstand vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limitsysteme und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2010 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung. Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

6.2 Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung der Beteiligungsunternehmen werden jährlich die Jahresabschlüsse ausgewertet und beurteilt. Die aus der Beteiligung am SVWL stammenden Risiken durch die (indirekte) Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG und durch die Entwicklung der WestLB AG beziehen wir in unser Risikomanagement ein. Der Buchwert der Beteiligung am SVWL entspricht den Anschaffungskosten. Inwieweit dieser Wertansatz durch die Entwicklung der WestLB AG künftig belastet wird, ist zurzeit nicht abzusehen.

6.3 Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

6.3.1 Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittentenlimite fest. Darüber hinaus existiert ein übergreifendes Limit für die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften und auch für nicht bilanzwirksame Zahlungsansprüche (z. B. derivative Finanzinstrumente). Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für die direkt gehaltenen Wertpapiere ist ein Mindestrating nach Moody's von Baa3 und nach Standard & Poor's von BBB- erforderlich. Für die im Wertpapier-Spezialfonds gehaltenen Anlagen sind grundsätzlich Anlagerichtlinien festgelegt worden, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie bei Rentenfonds die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Für Investitionen in internationale Unternehmensanleihen wurden in begrenztem Umfang Mandate erteilt, in denen auch Anlagen unterhalb der Ratingstufen Baa3 (Moody's) bzw. BBB- (Standard & Poor's) getätigt werden dürfen. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostrategie und durch Rahmungsgrundsätze begrenzt.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen.

6.3.2 Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zur Begrenzung von Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften wird eine tägliche Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt und die erzielten Handelsergebnisse werden bestimmt. Zusätzlich wird das potenzielle Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Der Ermittlung liegt eine Vergangenheitsbetrachtung zugrunde, die es erlaubt, den Risikokurs anzugeben, der mit einer 95 %igen Wahrscheinlichkeit bei einer 10-Tage-Haltedauer nicht unterschritten wird. Im Rahmen der Überwachung der Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften werden sowohl das bereits erzielte Handelsergebnis als auch das Verlustrisiko berücksichtigt. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems SimCorp Dimension unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen und ökonomischen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der

Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarngrenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Die Funktionstrennung zwischen Handel einerseits sowie Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling andererseits ist nach den Vorgaben der MaRisk bis in die Ebene des Vorstands vollzogen. Der Überwachungsvorstand wird täglich über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limiten.

6.4 Zinsänderungsrisiken

Als Zinsänderungsrisiko wird das Risiko von Wertveränderungen der verzinslichen Vermögenspositionen und Verbindlichkeiten infolge von Marktziinsänderungen definiert. Aufgrund von unterschiedlichen Zinsanpassungsgeschwindigkeiten von Bilanzpositionen auf der Aktiv- und Passivseite im Umfeld von Kapitalmarktschwankungen entsteht die Gefahr bzw. Chance der Verringerung bzw. Erhöhung des Zinsüberschusses. Neben dem Einfluss auf den Zinsüberschuss der Sparkasse haben Marktziinsänderungen ebenfalls Einfluss auf die Vermögenssituation der Sparkasse. Zur Ermittlung der Auswirkungen von Marktziinsänderungen auf den Vermögenswert aller zinstragenden Aktiv- und Passivpositionen des Zinsbuchs nutzt die Sparkasse das Modell einer wertorientierten Zinsrisikosteuerung gemäß Barwertkonzept. Grundlage der Wertermittlung der Zinsgeschäfte sind alle innerhalb der jeweiligen Restlaufzeit liegenden Zahlungen.

Für den aus den Gesamtzahlungsströmen der Sparkasse errechneten Barwert wird anschließend das Verlustrisiko (Value-at-Risk) ermittelt. Die Berechnungen des Value-at-Risk beruhen auf der historischen Simulation der Marktziinsänderungen. Der ermittelte Risikowert wird im Rahmen einer vermögenswertorientierten Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten zum Gesamtrisiko der Sparkasse addiert. Neben der vermögenswertorientierten Berechnung wird quartalsweise eine handelsrechtliche Rechnung zur Ermittlung des Zinsüberschussrisikos durchgeführt. Das Zinsüberschussrisiko wird mit unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiv- und Passivposten sowie unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien berechnet. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung zusammen mit weiteren Risikoarten ebenfalls

zum Gesamtrisiko addiert. Dieses rechnerische Gesamtrisiko wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung mit dem zur Verfügung stehenden Risikobudget verglichen. Die vermögenswertorientierten und handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien und Risikoniveaus einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuchs ein. Über die Entwicklung der Zinsänderungsrisiken wird der Gesamtvorstand mindestens vierteljährlich unterrichtet.

Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten auch Zins-Swaps eingesetzt (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss). Zusätzlich ermittelt die Sparkasse die Auswirkungen eines Zinsschocks auf den Zinsbuchbarwert gemäß den Vorgaben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vom 06.11.2007. Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2010 unterhalb der definierten Orientierungsgröße. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wird voraussichtlich die Parameter zur Berechnung der Auswirkung eines Zinsschocks im Jahr 2011 anpassen.

6.5 Liquiditätsrisiken

Unter dem Liquiditätsrisiko wird im Allgemeinen die Gefahr verstanden, dass die Sparkasse ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr uneingeschränkt nachkommen kann oder erhöhte Kosten aus der Liquiditätsbeschaffung entstehen und ertragsbelastend wirken. Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse Münsterland Ost war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht lag zu jedem Zeitpunkt über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Per Stichtag 31.12.2010 verzeichnete die Liquiditätskennzahl einen Wert von 1,45. Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem Dispositionsspielraum im Bundesbankpfanddepot gegenüberstellt. Die Sparkasse trägt der zunehmenden Bedeutung des Liquiditätsrisikos mit umfangreichen Regelungen und Maßnahmen Rechnung.

6.6 Operationelle Risiken

Als operationelles Risiko wird die Gefahr von Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Prozessen (fehlende Dienstanweisungen, unvollständige Reportinglinien, mangelhafte interne Kontrollen), Menschen (Betrug, Fehler von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ungenügend qualifiziertes Personal), Systemen (Systemabstürze, mangelnde Datensicherheit und -integrität) oder aufgrund externer Einflüsse (Terroranschläge, Naturkatastrophen, rechtliche Risiken) eintreten. Zur Steuerung dieser betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert. Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Innenrevision geprüft wird. Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unvorhersehbaren Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der eingetretene Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden. Im Jahr 2010 wurde die Quantifizierung der operationellen Risiken mit Hilfe eines DSGVO-Tools weiterentwickelt.

6.7 Pfandbriefemission

Im Zusammenhang mit der erstmaligen Emission von Hypotheken-Namenspfandbriefen wurde ein Risikomanagementsystem nach §27 PfandBG installiert. Die Regelungen zu den mit dem Pfandbriefgeschäft verbundenen Risiken sind in das Risikohandbuch der Sparkasse integriert worden und werden mindestens einmal jährlich überprüft.

7. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Aufgrund der systematischen Aufarbeitung der im Geschäftsbetrieb der Sparkasse gegebenen Risiken, deren Klassifizierung, Bewertung und Berichtsintensität, die sich an der Bedeutung des Einzelrisikos orientiert, erhält die Sparkasse einen Überblick über die Gesamtrisikoprüfung. Hierdurch können Risiken bewusst eingegangen werden, wenn diesen eine adäquate Ertragsersparung gegenübersteht. Die Sparkasse hat auch im Jahr 2010 ihr

Risikomanagement permanent und systematisch ausgebaut. Insbesondere wurden im Jahr 2010 die Anforderungen der zweiten MaRisk-Novelle in das Risikomanagementsystem der Sparkasse integriert.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse Münsterland Ost ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet. Die durchgeführten Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeitsrechnungen und das Risikomonitoring der Sparkasse zeigen, dass die Risikotragfähigkeit sowohl bei der handelsrechtlichen als auch der ökonomischen Betrachtung uneingeschränkt gegeben war und ist. Dieses gilt auch für die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Einzellimite.

G. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

H. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Chancen- und Risikobericht)

1. Geschäftsentwicklung

Im Zusammenhang mit der sich im Jahr 2010 weiter stabilisierenden Weltwirtschaft gehen wir für das Jahr 2011 von einer moderaten, gegenüber 2010 verlangsamten Aufwärtsbewegung in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus. Aufgrund dieser Entwicklung rechnen wir für 2011 bei einer entsprechenden Kreditnachfrage mit einem Wachstum der in der aktiven Betreuung liegenden Kreditbestände von 1,5 %. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich nicht wesentlich verändern. Im gewerblichen Kreditgeschäft und auch im Kreditgeschäft mit Privatkunden gehen wir von einem Wachstum von 1,5 % für 2011 aus. Das Wachstum im Kreditgeschäft mit Privatpersonen wird im langfristigen Kreditgeschäft, insbesondere im privaten Wohnungsbau, erwartet. Für das Jahr 2012 gehen wir ebenfalls von moderaten Erhöhungen der Kreditbestände aus.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Die Sparquote wird sich voraussichtlich weiter erhöhen. In Anbetracht dieses Umfelds wollen wir mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung Kundengelder halten und hinzugewinnen. Insgesamt erwarten wir somit für 2011 ein Wachstum der Kundengeldanlagen (inklusive Wertpapieren) von 2,5 %. Für das Jahr 2012 ist mit einer ähnlichen Entwicklung zu rechnen.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2011 und 2012 von nahezu unveränderten Rahmenbedingungen aus. Bei der Bilanzsumme erwarten wir für die beiden Folgejahre einen Anstieg auf ca. 8.300 Mio. EUR bzw. 8.400 Mio. EUR.

2. Finanzlage

Für die Jahre 2011 und 2012 sind derzeit keine größeren Investitionen geplant.

3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt maßgeblich beeinflusst. Insofern ist die weiterhin steile Zinsstrukturkurve, die sich aber im Vergleich zu 2010 nach unserer Erwartung verflachen wird, mit der damit verbundenen Möglichkeit der Fristentransformation von maßgeblicher Bedeutung. Im Zusammenhang mit der sich weiter stabilisierenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist davon auszugehen, dass es im Jahr 2011 zu einer moderaten konjunkturellen Aufwärtsbewegung kommen wird. Die Sparkasse rechnet deshalb damit, dass die Europäische Zentralbank im Verlauf des Jahres 2011 möglichen Inflations Tendenzen entgegenwirken und erste Zinserhöhungen vornehmen wird. Ein erster Schritt wurde bereits getan. Chancen bestehen insbesondere in einer weiter anhaltend steilen Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine stärkere Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Eine Parameteranpassung des Zinsschocks seitens der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht würde die Möglichkeit der Sparkasse einschränken, Erträge aus Fristentransformation zu generieren. Dieses würde sich belastend auf den Zinsüberschuss auswirken.

Dagegen erwarten wir aufgrund des intensiven Wettbewerbs im Kreditgewerbe derzeit rückläufige Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft. Aus den vorgenannten Effekten resultiert für die

kommenden zwei Jahre per saldo voraussichtlich ein unter dem Zinsüberschuss 2010 liegender Zinsüberschuss auf Basis von Betriebsvergleichszahlen.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem Anstieg der Erträge um 1,4 Mio. EUR, insbesondere im Wertpapiergeschäft, aus. Für 2012 rechnen wir in der Unternehmensplanung mit einem Rückgang von 1,3 Mio. EUR.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um bis zu 1,0 % im Jahr 2011 und 1,2 % im Jahr 2012 steigen. Aufgrund der kalkulierten Tarifabschlüsse wird sich trotz eines leicht verringerten Personalbestands ein Personalmehraufwand auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 0,5 % im Jahr 2011 bzw. 1,7 % im Jahr 2012 ergeben. Mittels weiterer Anstrengungen im Sachkostenbereich soll die Ausweitung der Kosten begrenzt werden und der Sachaufwand nur moderat steigen. Insgesamt erwarten wir für 2011 und 2012 einen leicht höheren Sachaufwand.

Infolge der ggf. noch zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Eurokrise in Verbindung mit steigenden Geld- und Kapitalmarktzinsen haben wir derzeit ein negatives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in unserer Unternehmensplanung berücksichtigt. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Trotz der verbesserten konjunkturellen Perspektiven rechnen wir im Jahr 2011 für die Kreditbranche und damit auch für die Sparkasse aufgrund der zeitversetzten Wirkung mit einem Anstieg des Bewertungsaufwandes im Kreditgeschäft. Für das Jahr 2012 ist mit einem im Vergleich zum Jahr 2011 gleichbleibenden Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft zu rechnen. Damit wurde ein über dem Niveau des Jahres 2010 liegender Bewertungsaufwand in der Unternehmensplanung berücksichtigt.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden nach aktuellem Kenntnisstand durch die Ansparteleistungen für die indirekte Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG in den nächsten 24 Jahren mit durchschnittlich 6,1 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Die Sparkasse Münsterland Ost richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u. a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2011 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Eigenkapitalrentabilität von 9,8 %. Diese liegt oberhalb des in der DSGV-Strategie genannten Orientierungswertes. Für das Jahr 2012 erwarten wir derzeit einen vergleichbaren Wert. Bei der CIR erwarten wir für 2011 ein Verhältnis von 53,8 % und für 2012 einen leicht höheren Wert.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

AKTIVSEITE
JAHRESBILANZ ZUM

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		30.781.441,75		33.245
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		198.019.597,05		262.513
			228.801.038,80	295.758
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		–,—		–
b) Wechsel		–,—		–
			–,—	–
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		188.971.124,33		186.427
b) andere Forderungen		943.690.330,50		521.608
			1.132.661.454,83	708.035
4. Forderungen an Kunden			5.354.732.335,03	5.125.789
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	2.907.594.276,43 EUR			(2.793.732)
Kommunalkredite	198.033.183,19 EUR			(148.746)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten	–,—			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–,— EUR			(–)
ab) von anderen Emittenten	–,—			–
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	–,— EUR			(–)
		–,—		–
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	185.623.677,39			210.601
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	185.623.677,39 EUR			(210.601)
bb) von anderen Emittenten	432.906.084,62			746.894
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	432.906.084,62 EUR	618.529.762,01		957.495
				(746.894)
c) eigene Schuldverschreibungen		15.690.359,13		–
Nennbetrag	15.224.400,00 EUR			(–)
			634.220.121,14	957.495
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			611.559.355,48	618.225
6a. Handelsbestand			–,—	34.597
7. Beteiligungen			145.010.166,81	147.014
darunter:				
an Kreditinstituten	1,00 EUR			(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	6.205.311,22 EUR			(6.205)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			20.599.067,09	20.599
darunter:				
an Kreditinstituten	–,— EUR			(–)
an Finanzdienstleistungsinstituten	–,— EUR			(–)
9. Treuhandvermögen			1.879.329,39	2.940
darunter:				
Treuhandkredite	1.879.329,39 EUR			(2.940)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			–,—	–
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		–,—		–
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		440.788,00		559
c) Geschäfts- oder Firmenwert		–,—		–
d) geleistete Anzahlungen		–,—		–
			440.788,00	559
12. Sachanlagen			17.940.658,25	19.254
13. Sonstige Vermögensgegenstände			6.627.434,60	17.503
14. Rechnungsabgrenzungsposten			9.029.752,88	10.669
Summe der Aktiva			8.163.501.502,30	7.958.437

	EUR	EUR	EUR	31.12.2009 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		141.808.946,83		288.531
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.469.684.117,55		1.494.834
			1.611.493.064,38	1.783.365
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.537.008.376,70			1.434.669
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	139.345.787,72			112.263
		1.676.354.164,42		1.546.932
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	2.862.772.383,46			2.688.041
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.099.722.877,80			991.863
		3.962.495.261,26		3.679.904
			5.638.849.425,68	5.226.836
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		208.941.386,92		276.481
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		—,—		—
darunter:			208.941.386,92	276.481
Geldmarktpapiere	—,— EUR			(—)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	—,— EUR			(—)
4. Treuhandverbindlichkeiten			1.879.329,39	2.940
darunter: Treuhandkredite	1.879.329,39 EUR			(2.940)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			33.246.946,09	33.458
6. Rechnungsabgrenzungsposten			12.350.135,10	14.868
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		26.631.299,00		22.519
b) Steuerrückstellungen		18.430.542,02		5.024
c) andere Rückstellungen		90.192.587,17		98.542
			135.254.428,19	126.085
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			—,—	—
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			104.071.942,46	106.182
10. Genusssrechtskapital			—,—	—
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	—,— EUR			(—)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			16.000.000,00	—
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	—,— EUR			(—)
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		—,—		—
b) Kapitalrücklage		—,—		—
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	385.378.755,27			361.255
cb) andere Rücklagen	—,—			11.869
		385.378.755,27		373.124
d) Bilanzgewinn		16.036.088,82		15.098
			401.414.844,09	388.222
Summe der Passiva			8.163.501.502,30	7.958.437
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		—,—		—
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		187.677.399,54		180.049
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		—,—		—
			187.677.399,54	180.049
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		—,—		—
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		—,—		—
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		246.453.580,08		216.369
			246.453.580,08	216.369

	EUR	EUR	EUR	2009 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	300.831.447,61			302.690
darunter: aus der Abzinsung der Rückstellungen	2.587.988,33 EUR			(-)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	24.624.055,65			33.210
		325.455.503,26		335.900
2. Zinsaufwendungen		161.273.743,16		193.627
darunter: aus der Aufzinsung der Rückstellungen	2.614.651,30 EUR			(-)
			164.181.760,10	142.273
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		22.047.338,26		17.403
b) Beteiligungen		2.112.739,78		1.852
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		250.000,00		435
			24.410.078,04	19.690
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			-,-	-
5. Provisionserträge		53.344.680,74		51.196
6. Provisionsaufwendungen		6.977.476,86		6.303
			46.367.203,88	44.893
7. Nettoaufwand (im Vorjahr Nettoertrag) des Handelsbestands			186.041,38	1.970
8. Sonstige betriebliche Erträge			9.779.625,34	10.237
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
			244.552.625,98	219.063
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	62.031.330,52			62.393
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	19.047.185,76			18.220
darunter: für Altersversorgung	7.464.398,04 EUR			(6.856)
		81.078.516,28		80.613
b) andere Verwaltungsaufwendungen		45.709.346,58		43.767
			126.787.862,86	124.380
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			4.116.076,96	4.941
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			5.269.663,56	19.527
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		21.366.111,13		28.199
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-		-
			21.366.111,13	28.199
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		653.178,93		2.361
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		-,-		-
			653.178,93	2.361

	EUR	EUR	EUR	2009 TEUR
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			39.280,00	39
18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken			16.000.000,00	-
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			70.320.452,54	39.616
20. Außerordentliche Erträge		780.251,84		-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	780.251,84 EUR			(-)
21. Außerordentliche Aufwendungen		3.023.088,34		-
darunter: Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	3.023.088,34 EUR			(-)
22. Außerordentliches Ergebnis			2.242.836,50	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		52.039.715,19		24.515
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		1.812,03		3
			52.041.527,22	24.518
25. Jahresüberschuss			16.036.088,82	15.098
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-	-
			16.036.088,82	15.098
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		-,-		-
b) aus anderen Rücklagen		11.868.720,70		-
			11.868.720,70	-
			27.904.809,52	15.098
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		11.868.720,70		-
b) in andere Rücklagen		-,-		-
			11.868.720,70	-
29. Bilanzgewinn			16.036.088,82	15.098

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2010 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) sowie des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) aufgestellt.

Die Anpassungen des HGB sowie der RechKredV durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurden mit Wirkung zum 01.01.2010 berücksichtigt. Gemäß Artikel 67 Abs. 8 Satz 2 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch (EGHGB) wurde auf die Anpassung der Vorjahreszahlen verzichtet. Die neue Position in der Formblattbilanz, Aktiva 6 a Handelsbestand, wurde jedoch für das Vorjahr übernommen. In diesem Zusammenhang wurden die Vorjahreswerte in den Positionen Aktiva 5 Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (21,5 Mio. EUR) sowie Aktiva 6 Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (13,1 Mio. EUR) entsprechend umgegliedert.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei Neuausleihungen einbehaltene Disagien werden auf die Laufzeit von Darlehen bzw. eine kürzere Zinsbindungsdauer kapitalanteilig verteilt.

Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die Kurswerte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip).

Unsere im Eigenbestand befindlichen Wertpapiere haben wir daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Bezogen auf unseren Eigenbestand an Wertpapieren haben wir aktive Märkte für Anleihen deutscher Bundesländer und im Pfandbriefsegment festgestellt.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Die Märkte für ungedeckte Bankschuldverschreibungen unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands von nom. 3,0 Mio. EUR waren zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesem Fall haben wir, sofern auch keine Informationen über jüngste Transaktionen in diesen oder vergleichbaren Wertpapieren vorlagen, ein Bewertungsmodell (Discounted-Cashflow-Verfahren) verwendet.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die in dem Rechnungslegungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. „Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB“ (IDW RH 1.014) gestellten Anforderungen beachtet.

Finanzinstrumente des Handelsbestands

Im Berichtsjahr hat die Sparkasse die Handelsabsicht für Finanzinstrumente des Handelsbestands in Höhe von 39,2 Mio. EUR aufgrund des Dienstleistungscharakters dieser Geschäfte aufgegeben und diese Finanzinstrumente in die Liquiditätsreserve umgewidmet. Die institutsinternen Kriterien wurden entsprechend angepasst.

Der Jahresüberschuss verminderte sich durch die Umwidmung um 0,2 Mio. EUR.

Zum Bilanzstichtag waren keine Finanzinstrumente im Handelsbestand. Aufgrund des ausgewiesenen Ergebnisses in der Position Nettoergebnis des Handelsbestands ist eine Dotierung nach § 340e Abs. 4 HGB nicht erforderlich.

Die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands haben wir entsprechend unserer internen Steuerung in den GuV-Posten 1 und 3a ausgewiesen.

Strukturierte Wertpapiere

Strukturierte Produkte werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Produkte für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Wir halten am Bilanzstichtag in den Portfolios unseres Wertpapier-Spezialfonds 27,2 Mio. EUR (Zeitwerte) strukturierte Wertpapiere, die Adressenausfallrisiken verbrieft.

Die Risiken beziehen sich auf Adressenausfallrisiken aus Immobilienfinanzierungen, Unternehmenskrediten, Unternehmensanleihen, nachrangigen Krediten und Genussscheinen. Im Jahr 2010 wurde aufgrund der Marktentwicklung in diesem Segment der investimentrechtliche Rücknahmepreis positiv beeinflusst.

Im Jahr 2007 haben wir im Rahmen des Sparkassen-Kreditbasket IV eine Credit Linked Note (nom. 12,4 Mio. EUR) erworben. Die unter den Wertpapieren in der Bilanz ausgewiesene Schuldverschreibung enthält eine Sicherungszusage für Adressenausfallrisiken der in den Kreditbasket IV von 46 Sparkassen eingebrachten Kreditnehmer. Den in der Credit Linked Note enthaltenen Credit Default Swap haben wir entsprechend der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Kreditderivaten“ (IDW RS BFA 1) als Eventualverbindlichkeit unter dem Bilanzstrich ausgewiesen. Für drohende Ausfälle haben wir eine anteilige Rückstellung für die mit dem Credit Default Swap übernommenen Adressenausfallrisiken gebildet, tatsächliche Kreditausfälle werden ausgebucht.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei Wertminderungen werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert.

Wir haben die entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen werden für Gebäude grundsätzlich linear vorgenommen. Für Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden entsprechend mit einer dem tatsächlichen Werteverzehr bemessenen Laufzeit linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis einschließlich 60 EUR) sofort als Sachaufwand erfasst. Während geringwertige Vermögensgegenstände von über 60 EUR bis 150 EUR im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben werden, sind Vermögensgegenstände bis 1.000 EUR in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt. Zero-Bonds werden mit dem Barwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem Rechnungszins der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen werden mit einem einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechenden Rechnungszins von 5,17 % abgezinst. Die Abzinsung der übrigen Rückstellungen erfolgt mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % unterstellt. Diese Änderungen haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,00 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu neun Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz gemäß Abzinsungstabelle der Deutschen Bundesbank.

Wir haben die durch die Umstellung der Rechnungslegung auf das BilMoG entstehenden Zuführungsbeträge vollständig über die außerordentlichen Aufwendungen ausgeglichen bzw. die Auflösungsbeträge in die Sicherheitsrücklage eingestellt.

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Münsterland Ost ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Westfalen-Lippe in Münster (ZKW). Trägerin der ZKW ist die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse für Gemeinden und Gemeindeverbände, Münster (WVK). Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die ZKW ist eine rechtlich unselbstständige, aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der WVK.

Aufgabe der ZKW ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der ZKW erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mindestens für einen zehnjährigen Zeitraum (gleitender Deckungsabschnitt) berechnet. Die ZKW betrachtet jedoch tatsächlich versicherungsmathematisch die voraussichtliche Entwicklung in einem ewigen Deckungsabschnitt. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte. Bei dauerhafter Erhebung dieses Hebesatzes können bei den zugrunde gelegten Prämissen die Verpflichtungen der ZKW voraussichtlich dauerhaft erfüllt werden. Die an die ZKW geleisteten Zahlungen der Sparkasse betragen 4.699 TEUR im Jahr 2010.

Wenn ein Mitglied die ZKW verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der ZKW verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2009 hätte die Ausgleichszahlung 129,1 Mio. EUR betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2010 kann von der ZKW erst im dritten Quartal 2011 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Erstmals wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken mit 16 Mio. EUR dotiert.

Sicherheitsrücklage

Aus der Umstellung der Rechnungslegung auf das BilMoG ergeben sich insgesamt Einstellungen in die Sicherheitsrücklage von 931 TEUR, die auf andere Rückstellungen entfallen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Swaps, Termingeschäfte, Optionsgeschäfte, Futures) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten. Die sonstigen derivativen Geschäfte werden mit den Marktkursen bewertet. Bewertungsergebnisse werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Kursgewinne und -verluste sowie erhaltene und geleistete Zahlungen aus derivativen Geschäften, die bei Abschluss dem Handelsbuch zugeordnet wurden, sind im Nettoergebnis des Handelsbestands erfasst.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, sind nicht angefallen.

Sortengeschäfte werden unter dem Dienstleistungsaspekt getätigt. Neben den Erträgen aus dem Sortengeschäft werden auch die geringfügig anfallenden Bewertungsergebnisse aus Sorten unter den Provisionserträgen verbucht.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt 6.392 TEUR (davon 392 TEUR Sorten) bzw. 6.000 TEUR.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der WestLB AG, Düsseldorf, sind in Höhe von in den nachstehenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	10.270	12.218
Verbindlichkeiten gegenüber		
Kreditinstituten	85.940	83.485

Wertpapiere

Aufteilung der in den nachstehenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren.

	insgesamt TEUR	börsennotiert TEUR	nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere			
festverzinsliche Wertpapiere	634.220	606.062	28.158
Aktien und andere nicht			
festverzinsliche Wertpapiere	611.559	24.329	587.230

Spezialfonds

Die Anteile am Spezialfonds sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Spezialfonds	Buchwert TEUR	Marktwert TEUR	Differenz Buchwert zu Marktwert TEUR	Ausschüttung in 2010 TEUR	tägliche Rückgabe möglich	unterlassene Abschreibung
UI-Münsterland B	673.891	691.296	17.405	21.396	ja	–

Zweck der Anlage in Spezialfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikosteuerung. Der Spezialfonds investiert überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2010 (in TEUR)

	Sachanlagen	Immaterielle Anlagewerte	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Sonstige Vermögens- gegenstände
Anschaffungskosten	117.597	3.695	154.448	20.599	12
Zugänge	2.389	298	0	0	0
Abgänge	2.413	2	1.351	0	0
Umbuchungen	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
Abschreibungen 2010	(3.700)	(416)	(653)	(0)	(0)
Abschreibungen, kumuliert	99.632	3.550	8.087	0	0
Buchwert 31.12.2010	17.941	441	145.010	20.599	12
Buchwert 31.12.2009	19.254	559	147.014	20.599	12

Die Sachanlagen entfallen mit 3.784 TEUR auf Grundstücke und Bauten, die nicht von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden, und mit 14.157 TEUR auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
<u>Aktivseite</u>		
Disagio aus Verbindlichkeiten	7.458	9.413
Agio aus Forderungen	294	258
<u>Passivseite</u>		
Disagio aus Forderungen	10.312	12.108
Agio aus Verbindlichkeiten	579	460

Nachrangige Vermögensgegenstände

Nachrangige Vermögensgegenstände sind im folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2010	31.12.2009
	TEUR	TEUR
Forderungen an Kunden	0	4.500

Sonstige Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist ein Anteil an der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch eine Zweckgesellschaft der Sparkassenorganisation in Höhe von 20.298 TEUR enthalten.

Im Jahr 2007 hat die Sparkassenorganisation die Anteile des Landes Berlin und von Minderheitsaktionären erworben. Wir haben uns anteilig an dem Erwerb der LBBH mit einer direkten Kapitaleinlage und der Übernahme der Haftung für eine zusätzliche Fremdfinanzierung des Kaufpreises beteiligt. Der Gesamtbetrag ist unter dem Bilanzposten „Beteiligungen“ aktiviert.

Rückstellungen

Der Posten „andere Rückstellungen“ enthält eine Rückstellung in Höhe von 25.679 TEUR für die im Rahmen der Stützungsmaßnahmen der WestLB AG gegebenenfalls notwendigen Nachschussverpflichtungen an den regionalen Reservefonds des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL) und eine Rückstellung für eine mögliche Inanspruchnahme aus einer vertraglichen Vereinbarung mit einer Tochtergesellschaft in Höhe von 15.000 TEUR.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für den folgenden Posten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	553.416 TEUR
--	--------------

Nachrangige Verbindlichkeiten**Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen**

Betrag TEUR	Währung	Zinssatz %	fällig am	außerordentliches Kündigungsrecht
15.000	EUR	5,22	31.12.2015	nein
15.000	EUR	5,22	31.12.2015	nein
17.000	EUR	5,17	30.12.2015	nein

Nachrangige Verbindlichkeiten, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen

Betrag TEUR	Durchschnittsverzinsung %	Laufzeit in Jahren	
		von	bis
56.000	4,96	10	12

Für die von der Sparkasse zum Zwecke der Anerkennung als haftendes Eigenkapital eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 5.339 TEUR angefallen.

Die von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten können im Falle der Insolvenz oder der Liquidation der Sparkasse erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückerstattet werden. Sie sind für beide Vertragsparteien während der Laufzeit unkündbar. Eine Umwandlungsmöglichkeit in Kapital oder andere Schuldformen besteht nicht.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Verbundene Unternehmen	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Aktivposten		
Forderungen an Kunden	31.496	31.839
sonstige Vermögensgegenstände	28	26
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.236	9.910
sonstige Verbindlichkeiten	22	92

Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	31.12.2010 TEUR	31.12.2009 TEUR
Aktivposten		
Forderungen an Kunden	34.475	37.698
davon: nachrangig	0	4.500
sonstige Vermögensgegenstände	5	57
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	73.215	55.684

Fristengliederung

	mit einer Restlaufzeit von				mit unbestimmter Laufzeit	im Jahr 2011 fällig
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre		
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)	585.098	100.103	50.000	195.000		
4. Forderungen an Kunden	150.734	378.235	1.531.167	2.851.646	439.024	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						369.715
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	549.059	112.707	356.234	432.148		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	2.113	23.924	17.980	95.328		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	756.036	184.323	108.938	47.980		
3. verbrieftete Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen						118.380
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	-	-	-	-		

Es wurde von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

C. Angaben und Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich

Eventualverbindlichkeiten

In den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten ist ein Credit Default Swap in Höhe von 11,1 Mio. EUR enthalten. Für diese Eventualverbindlichkeit ist aufgrund der Bonität der abgesicherten Kredite nicht mit einer Inanspruchnahme zu rechnen.

D. Angaben und Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Periodenfremde Aufwendungen

Im Rahmen der Zinsbuchsteuerung sind bei Zins-Swaps Vorfälligkeitsentschädigungen in Höhe von 9.669 TEUR angefallen, die unter den periodenfremden Zinsaufwendungen ausgewiesen werden.

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge ergeben sich durch die erstmalige Anwendung der Vorschriften des BilMoG zur Bewertung des Handelsbestands.

Außerordentliche Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen resultieren aus der erstmaligen Anwendung der Vorschriften des BilMoG zur Bewertung von Pensionsrückstellungen sowie Rückstellungen für Beihilfen und Altersteilzeitverträge.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Rund 19,8 Mio. EUR des ausgewiesenen Steueraufwands entfallen auf Nachzahlungen für Vorjahre infolge einer Außenprüfung gemäß § 193 ff. der Abgabenordnung für die Jahre 2007 und 2008.

E. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da die Mehrheitsbeteiligungen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse sind.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiedsbeträge entfallen auf folgende Bilanzpositionen:

Positionen	Erläuterung der Differenz
<u>Aktive latente Steuern</u>	
Forderungen an Kunden	Vorsorgereserven
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Vorsorgereserven und steuerliche Ausgleichsposten
Beteiligungen und verbundene Unternehmen	Gewinnthesaurierung und steuerlich nicht zulässige Abschreibungen
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	unterschiedliche Parameter
andere Rückstellungen	unterschiedliche Parameter und handelsrechtlich bedingte Rückstellungen

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,10 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragssteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,93 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Bildung von Vorsorgereserven und die steuerliche Betriebsprüfung der Jahre 2007 und 2008 zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr und in den Vorjahren derivative Finanzinstrumente abgeschlossen. Dabei handelt es sich um Zins-Swaps, die zur Steuerung des sich aus dem Zinsbuch aller zinstragenden Aktiva und Passiva ergebenden Zinsänderungsrisikos eingesetzt werden. Darüber hinaus werden Devisentermingeschäfte mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Zu den Devisentermingeschäften werden unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte abgeschlossen, so dass hieraus offene Positionen in nennenswertem Umfang nicht entstehen.

Credit Default Swaps haben wir im Rahmen des Sparkassen-Kreditbasket IV abgeschlossen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte, sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

Derivative Finanzinstrumente	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	insgesamt	Kundengeschäfte	Deckungsgeschäfte
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	26.852	–	–	26.852	13.426	13.426
Zinsrisiken						
Zins-Swaps	610.000	865.000	835.000	2.310.000	–	2.310.000
Risiken aus Kreditderivaten						
Credit Default Swaps	–	20.720	–	20.720	11.720	9.000

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten derivativen Finanzinstrumenten sind folgende beizulegenden Zeitwerte beizumessen:

Beizulegende Zeitwerte					
Derivative Finanzinstrumente	Bilanzposten	Buchwerte	Sicherungsgeschäfte		Kundengeschäfte
			Deckungsgeschäfte	Bewertungskonvention	
			TEUR	TEUR	
Währungsrisiken					
Devisentermingeschäfte	–	–	–67	–	67
Zinsrisiken					
Zins-Swaps	–	–	–	–37.755	–
Risiken aus Kreditderivaten					
Credit Default Swaps	–	–	1.563	–	–
	Passiva 7	572	–	–	–179

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte werden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) mit den von Reuters veröffentlichten währungs- und laufzeitbezogenen Terminkursen ermittelt.

Über die Abzinsung der künftigen Zahlungen (Cashflows) fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion) auf den Abschlussstichtag werden die beizulegenden Zeitwerte der Zins-Swaps ermittelt (Discounted-Cashflow-Verfahren). Die Diskontierungsfaktoren werden den von Reuters veröffentlichten Zinsstrukturkurven am Markt gehandelter Zins-Swaps entnommen.

Die im Rahmen der Zinsrisikosteuerung abgeschlossenen Zins-Swaps bilden eine Bewertungskonvention im Zusammenhang mit den übrigen Festzinspositionen des Zinsbuches.

Den negativen beizulegenden Zeitwerten der in das Zinsbuch einbezogenen Zins-Swaps stehen nach unseren Berechnungen im Rahmen der Steuerung des Zinsänderungsrisikos entsprechend höhere Unterschiedsbeträge zwischen den ermittelten Vermögenswerten und den Bilanzwerten der zinstragenden Aktiv- und Passivposten gegenüber.

Der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der Credit Default Swaps wird die Abzinsung der künftigen Prämienzahlungen auf den Abschlussstichtag zugrunde gelegt.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im Rahmen einer Beteiligung haftet die Sparkasse bis zu einem Höchstbetrag von 15.339 TEUR.

Außerdem bestehen aufgrund beschlossener, aber noch nicht eingeforderter Erhöhungen von Beteiligungen Einzahlungsverpflichtungen von 3.164 TEUR, davon 2.000 TEUR gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverbund. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, eine Abwicklungsanstalt gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der Abwicklungsanstalt von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. EUR zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der WestLB AG auf die Abwicklungsanstalt verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von 152,1 Mio. EUR im Sonderposten „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ gemäß § 340g HGB ansparen; davon wurden zum 31.12.2010 6,0 Mio. EUR dotiert. Nach Ablauf von zehn Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	384
andere Bestätigungsleistungen	22
Gesamtbetrag	406

Angabe der Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen gemäß § 285 Nr. 21 HGB

Zu Gunsten einer Tochtergesellschaft wurde im Vorjahr ein Vertrag ohne Gegenleistungsverpflichtung über einen Ertragszuschuss in Höhe von bis zu 15.000 TEUR abgeschlossen, für den eine entsprechende Rückstellung gebildet wurde.

Bezüge und Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bezüge der Aufsichtsgremien

Bezüge der Mitglieder des Vorstands

Für die Festlegung der Struktur und der Höhe der Bezüge der Mitglieder des Vorstands ist der Verwaltungsrat zuständig. Er orientiert sich dabei an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände zu den Anstellungsbedingungen für Vorstandsmitglieder und Stellvertreter.

Mit den Mitgliedern des Vorstands bestehen auf fünf Jahre befristete Dienstverträge. Neben den festen Bezügen (Grundgehalt und Allgemeine Zulage von 15 %) kann den Mitgliedern des Vorstands als variable Vergütung nach Ablauf eines Geschäftsjahres eine Leistungszulage von bis zu 15 % des Grundgehalts gewährt werden. Die Leistungszulage wird jährlich durch den Verwaltungsrat festgelegt. Auf die festen Gehaltsansprüche wird die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Vorstand	2010			
	Grundbetrag und Allgemeine Zulage	Leistungs- zulage	Sonstige Vergütung	Gesamt- vergütung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Schabel, Markus Vorsitzender	508	65	15	588
Friemann, Heiner Mitglied (bis 31.12.2010)	423	55	48	526
Gerling, Wolfram Mitglied	423	55	9	487
Richter, Klaus Mitglied	423	55	9	487
Summe	1.777	230	81	2.088

Die sonstigen Vergütungen betreffen überwiegend Sachbezüge aus der privaten Nutzung von Dienstfahrzeugen und abgeholte Urlaubsansprüche.

Im Falle einer Nichtverlängerung der Dienstverträge haben Herr Schabel, Herr Gerling und Herr Richter mit ihrem Ausscheiden Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen, sofern die Nichtverlängerung nicht von ihnen zu vertreten ist. Der Anspruch von Herrn Schabel, Herrn Friemann und Herrn Gerling beträgt derzeit 45 % und der von Herrn Richter 40 % der festen Bezüge.

Herr Friemann ist krankheitsbedingt zum 31.12.2010 ausgeschieden.

Altersversorgung der Mitglieder des Vorstands

Im Falle der regulären Beendigung ihrer Tätigkeit haben die im Geschäftsjahr bei der Sparkasse tätigen Mitglieder des Vorstands Pensionsansprüche, die sich an den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände orientieren.

Die Rückstellungen hierfür sind mit dem in der Zukunft zur Erfüllung der Pensionsverpflichtungen aufzubringenden Betrag zu bilanzieren. Dieser Betrag wird versicherungsmathematisch ermittelt. In den unten dargestellten Zuführungsbeträgen sind insgesamt 1.292 TEUR enthalten, die auf die Umstellung der Berechnung nach den Vorschriften des BilMoG zurückzuführen sind.

Der Barwert entspricht der Summe der auf den Bilanzstichtag abgezinsten zukünftigen Pensionszahlungen und stellt lediglich eine kalkulatorische Größe dar.

Im Einzelnen ergeben sich folgende Beträge:

Vorstand	im Jahr 2010 der Pensionsrückstellung zugeführt	Barwert der Pensionsansprüche 31.12.2010
	TEUR	TEUR
Schabel, Markus Vorsitzender	500	2.749
Friemann, Heiner Mitglied (bis 31.12.2010)	1.573	3.341
Gerling, Wolfram Mitglied	600	2.727
Richter, Klaus Mitglied	326	2.026

Auf die Pensionsansprüche wird ab Beginn der Ruhegehaltszahlungen die Tarifentwicklung des öffentlichen Dienstes angewendet.

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden 832 TEUR gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2010 14.975 TEUR, davon betrifft ein Betrag von 3.341 TEUR die Person des am 31.12.2010 ausgeschiedenen Heiner Friemann.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Hauptausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse wird ein Sitzungsgeld von 307,00 EUR je Sitzung gezahlt. Für zusätzlich wahrgenommene Mandate in der Zweckverbandversammlung der Sparkasse oder im Beirat wird jeweils ein Sitzungsgeld in Höhe von 128,00 EUR bzw. 256,00 EUR gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich damit im Geschäftsjahr 2010 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien. Bezüge aus einer Tätigkeit in der Zweckverbandversammlung der Sparkasse bzw. im Beirat sind in den Beträgen enthalten.

Name	TEUR	Name	TEUR
Arnkens-Homann, Dagmar	0,3	Möllemann-Appelhoff, Carola	4,9
Austermann, Lothar	3,6	Dr. Moormann, Hans	1,2
Banken, Ludger	2,3	Oortmann, Klaus	1,8
Berlage, Paul	2,2	Overhaus, Christel	0,9
Bing, Norbert	1,2	Reiners, Otto	0,3
Birkhahn, Astrid	0,6	Rickfelder, Josef	0,3
Engels, Kai	1,8	Dr. Rudigkeit, Siegfried	3,9
Dr. Erber, Dietmar	4,6	Ruhmüller, Benedikt	1,1
Dr. Gericke, Olaf	7,9	Sandfort, Günter	2,9
Heuer, Wolfgang	3,1	Stober, Barbara	0,4
Hild, Karl-Wilhelm	4,1	Sträßer, Theo	2,7
Klas, Heribert	4,1	Varnhagen, Hans	0,3
Lewe, Markus	7,2	Walter, Jochen	1,9
Lülf, Berthold	2,3	Wigger, Holger	0,7
		insgesamt	68,6

Kreditgewährungen und Haftungsverhältnisse an bzw. von Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte Mitgliedern des Vorstands zum 31.12.2010 Kredite in Höhe von 322 TEUR (2009: 485 TEUR) sowie Avale in Höhe von 4 TEUR (2009: 4 TEUR) und Mitgliedern des Verwaltungsrats Kredite in Höhe von 10.406 TEUR (2009: 10.147 TEUR) sowie Avale in Höhe von 1.966 TEUR (2009: 1.088 TEUR) gewährt.

Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2010	2009
Vollzeitkräfte	939	958
Teilzeit- und Ultimokräfte	420	406
	1.359	1.364
Auszubildende	107	98
insgesamt	1.466	1.462

Pfandbriefgeschäft

Die Sparkasse hat im Berichtsjahr erstmals Pfandbriefe nach den Vorschriften des Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts (Pfandbriefgesetz - PfandBG) emittiert. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch Veröffentlichung auf unserer Website unter www.sparkasse-muensterland-ost.de (Ihre Sparkasse / Pfandbriefe) erfüllt.

Darstellung zum 31.12.2010

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und Deckungsmasse gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

	2010		2009	
	Nennwert	Buchwert	Nennwert	Buchwert
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Gesamtbetrag der im Umlauf				
befindlichen Hypothekendarlehen	75.100	75.100	–	–
Deckungsmasse	206.387	206.387	–	–
Überdeckung	131.287	131.287	–	–

	2010			2009		
	Barwert	Risiko- barwert (nach oben)	Risiko- barwert (nach unten)	Barwert	Risiko- barwert (nach oben)	Risiko- barwert (nach unten)
	TEUR	TEUR*	TEUR*	TEUR	TEUR*	TEUR*
Gesamtbetrag der im Umlauf						
befindlichen Hypothekendarlehen	74.806	67.034	83.745	–	–	–
Deckungsmasse insgesamt	223.204	210.808	236.752	–	–	–
Überdeckung	148.398	143.774	153.007	–	–	–
sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 2 PfandBG	6,79%			–		

*dynamisches Verfahren gemäß PfandBarwertV.

In der Deckungsmasse befinden sich keine Derivate, keine Auslandsgeschäfte sowie keine wertberichtigten Geschäfte.

Verteilung von Hypothekendarlehen im Umlauf und Deckungsmasse nach Laufzeitstruktur bzw. Zinsbindungsfristen gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

Laufzeit bzw. Zinsbindungsfrist	Pfandbriefe im Umlauf		Deckungsmasse	
	2010 TEUR	2009 TEUR	2010 TEUR	2009 TEUR
bis 1 Jahr	–	–	24.110	–
über 1 Jahr bis 2 Jahre	–	–	16.913	–
über 2 Jahre bis 3 Jahre	–	–	24.146	–
über 3 Jahre bis 4 Jahre	–	–	14.506	–
über 4 Jahre bis 5 Jahre	–	–	14.716	–
über 5 Jahre bis 10 Jahre	50.000	–	98.451	–
über 10 Jahre	25.100	–	13.545	–

Die Deckungsmassen zu den Hypothekendarlehenpfandbriefen gliedern sich gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG in folgende Größenklassen:

Nennwert	2010	2009
	TEUR	TEUR
bis 300 TEUR	150.482	–
300 TEUR bis 5.000 TEUR	55.905	–
über 5.000 TEUR	–	–

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b i.V.m. § 28 Abs. 2 Nr. 1c PfandBG zur Deckung für Hypothekendarlehenpfandbriefe verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart:

in Deutschland	2010		2009	
	gewerbliche Nutzung	wohnwirtschaftliche Nutzung	gewerbliche Nutzung	wohnwirtschaftliche Nutzung
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Wohnungen		21.503		–
Einfamilienhäuser		89.454		–
Mehrfamilienhäuser		46.778		–
Bürogebäude	12.508		–	
Handelsgebäude	5.145		–	
Industriegebäude	3.776		–	
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	22.223		–	
unfertige, noch nicht ertragsfähige Neubauten	–	–	–	–
Bauplätze	–	–	–	–

Außerhalb Deutschlands befinden sich keine Grundstückssicherheiten.

sonstige Deckungswerte	2010	2009
	TEUR	TEUR
weitere Deckung gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	–	–
Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung)	5.000	–

Rückständige Leistungen gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Am 31.12.2010 waren keine Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren für Forderungen aus der Deckungsmasse anhängig. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen aus Forderungen aus der Deckungsmasse durchgeführt, es wurden auch keine Grundstücke zur Vermeidung von Verlusten übernommen.

Ergänzend zur Formblattbilanz ergeben sich folgende Angaben für das Pfandbriefgeschäft:

Aktivseite			31.12.2010	2009
	EUR	EUR	EUR	TEUR
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) Hypothekendarlehen		0,00		0
b) Kommunalkredite		0,00		0
c) andere Forderungen		1.132.661.454,83		708.035
			1.132.661.454,83	708.035
darunter:				
täglich fällig	188.971.124,33			(186.427)
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
4. Forderungen an Kunden				
a) Hypothekendarlehen		2.907.594.276,43		2.793.732
b) Kommunalkredite		198.033.183,19		148.747
c) andere Forderungen		2.249.104.875,41		2.183.310
			5.354.732.335,03	5.125.789
darunter:				
gegen Beleihung von Wertpapieren	0,00			(0)
14. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		7.751.269,04		9.671
b) andere		1.278.483,84		998
			9.029.752,88	10.669

Passivseite			31.12.2010	2009
	EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		40.318.063,01		(0)
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		(0)
c) andere Verbindlichkeiten		1.571.175.001,37		1.783.356
			1.611.493.064,38	1.783.356
darunter:				
täglich fällig	141.808.946,83			(288.531)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		35.156.192,77		0
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe		0,00		0
c) Spareinlagen				
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	1.537.008.376,70			1.434.669
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	139.345.787,72			112.263
		1.676.354.164,42		1.546.932
d) andere Verbindlichkeiten		3.927.339.068,49		3.679.904
			5.638.849.425,68	5.226.836
darunter:				
täglich fällig	2.862.772.383,46			(2.688.041)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe	0,00			(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen				
aa) Hypothekenpfandbriefe	0,00			0
ab) öffentliche Pfandbriefe	0,00			0
ac) sonstige Schuldverschreibungen	208.941.386,92			276.481
		208.941.386,92		276.481
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten		0,00		0
			208.941.386,92	276.481
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00			(0)
6. Rechnungsabgrenzungsposten				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		12.347.804,46		14.836
b) andere		2.330,64		32
			12.350.135,10	14.868

Verwaltungsrat der Sparkasse Münsterland Ost

Vorsitzendes Mitglied

Dr. Olaf Gericke
Landrat des Kreises Warendorf

1. Stellvertreter

Markus Lewe

2. Stellvertreter

Norbert Bing

3. Stellvertreter

Wolfgang Heuer

Beratende Teilnahme

Ludger Banken
Bürgermeister der Gemeinde Everswinkel

Benedikt Ruhmüller
Bürgermeister der Stadt Ahlen

Paul Berlage
Bürgermeister der Stadt Drensteinfurt

Jochen Walter
Bürgermeister der Stadt Warendorf

Berthold Lülff
Bürgermeister der Stadt Ennigerloh

Mitglieder

Norbert Bing
Justizvollzugsbeamter

Dr. Dietmar Erber
Chemiker

Wolfgang Heuer
Angestellter an der Universität Münster

Karl-Wilhelm Hild
Kriminalhauptkommissar (i.R.)

Heribert Klas
*Leiter Stadtmarketing bei der WFG
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ahlen mbH*

Markus Lewe
Oberbürgermeister der Stadt Münster

Carola Möllemann-Appelhoff
Studienrätin

Dr. Hans Moormann
Unternehmer

Theo Sträßer
Kaufmännischer Angestellter (i.R.)

Lothar Austermann
Sparkassenangestellter

Kai Engels
Sparkassenangestellter

Klaus Oortmann
Sparkassenangestellter

Dr. Siegfried Rudigkeit (bis 31.10.2010)
Sparkassenangestellter

Christel Overhaus (seit 01.11.2010)
Sparkassenangestellte

Günter Sandfort
Sparkassenangestellter

Stellvertretende Mitglieder

Dagmar Arnkens-Homann
Städtische Angestellte

Barbara Stober
Hausfrau

Holger Wigger
Technischer Angestellter

Astrid Birkhahn
Mitglied des Landtages

Otto Reiners
Referatsleiter Landschaftsverband Westf.-Lippe

Christoph Jahn
Rechtsanwalt

Hans Varnhagen
Dachdeckermeister (selbst.)

Josef Rickfelder
Mitglied des Landtages

Hannelore Weidemann
Angestellte Landschaftsverband Westf.-Lippe

Bernhard Timmermann
Sparkassenangestellter

Olaf Philippskötter
Sparkassenangestellter

Norbert Afhüppe
Sparkassenangestellter

Christel Overhaus (bis 31.10.2010)
Sparkassenangestellte

Ute Tinnermann (seit 01.11.2010)
Sparkassenangestellte

Michael Többen
Sparkassenangestellter

Vorstand der Sparkasse Münsterland Ost

Markus Schabel, Vorsitzender
Heiner Friemann (bis 31.12.2010)
Wolfram Gerling
Klaus Richter

Stellvertretendes Vorstandsmitglied gem. § 19 Abs. 1 SpkG

Dr. Peter Lucke (bis 31.12.2010)
Peter Scholz (seit 01.01.2011)

Vertreter nach § 15 Abs. 2b SpkG

Roland Klein
Frank Knura
Bernd Theilig (seit 01.01.2011)
Peter Scholz (bis 31.12.2010)

Münster, den 05. April 2011

Der Vorstand

Schabel

Gerling

Richter

i.V. Scholz

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Sparkasse Münsterland Ost für das Geschäftsjahr vom 01.01.2010 bis 31.12.2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Münster, 13.05.2011

Sparkassenverband Westfalen-Lippe
– Prüfungsstelle –

Thiemann
Wirtschaftsprüfer

Wagner
Wirtschaftsprüfer

Sparkasse
Münsterland Ost
Weseler Straße 230
48151 Münster